

Aycan Demirel
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)
Oranienstr. 34 (VHr)
10999 Berlin

**Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung
zum Thema „Antisemitismus in Deutschland“
am 16.06.2008 im Deutschen Bundestag**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Edathy, sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses, vielen Dank für Ihre Einladung.

Für die *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus*, die im Bereich der Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus kämpft, möchte ich Ihnen kurz einige Erfahrungen aus unserer Arbeit vorstellen.

Die *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* ist eines der ersten Projekte, das sich vor Ort der Herausforderung des Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft stellt, das heißt in unserem Fall vor allem in muslimisch geprägten Communities in Berlin-Kreuzberg. Aktuell entwickeln wir im Rahmen des von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Programms „*Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz*“ pädagogische Konzepte zu den Themen Nahostkonflikt und Islamistischer Antisemitismus für Haupt- und Realschulen. Ein weiterer Schwerpunkt unserer derzeitigen Arbeit, ist die Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte und die Aufklärung über die Shoa in mehrheitlich von Einwanderern geprägten Schulklassen.

Die Gründung der *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* und unsere derzeitige Arbeit wären ohne das Bundesprogramm „*Vielfalt tut gut*“ und die Vorläuferprogramme *Entimon* und *Civitas* nicht möglich gewesen.

Nun zum Phänomen des Antisemitismus: Weder ist Antisemitismus ein *neues* Problem noch handelt es sich allein um ein spezifisches Problem der Einwanderungsgesellschaft. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine globale und vielschichtige Herausforderung. Die Kontinuität und breite Verankerung des Phänomens auch, oder gerade, in der deutschen

Gesellschaft erfordert langfristige Strategien.

Auf der Grundlage unserer Erfahrungen lassen sich drei zentrale Notwendigkeiten ableiten:

Erstens: Neben der nötigen finanziellen Unterstützung von Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, stehen sowohl die politischen Parteien als auch die Bundesregierung weiter vor der Aufgabe, ein politisches Klima zu schaffen, das den gesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus erleichtert.

Das Engagement geförderter Initiativen stößt auf lokaler Ebene immer wieder auf Vorbehalte und Abwehr. Die in den Förderrichtlinien des Bundesprogramms gestärkte Rolle der Kommunen für die Vergabe von Fördermitteln, hat derartige Probleme, dort wo sie bereits bestehen, eher verschärft.

Die Parteien und ihre Abgeordneten sollten durch eine geschlossene Positionierung gegen Israelfeindschaft und Antisemitismus den Stellenwert der lokalen Initiativen hervorheben und dadurch deren Arbeit unterstützen.

Zweitens: Eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit gegen Antisemitismus ist von einer strukturellen Absicherung abhängig. Nur durch eine beständige Tätigkeit und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ist es möglich, im komplexen lokalen Umfeld Vertrauensverhältnisse aufzubauen und zu pflegen.

Im Alltag der Projektarbeit dominieren jedoch in der Regel eine schwache finanzielle Ausstattung und der häufige Wechsel von einem Modellprojekt zum nächsten. Unter diesen Bedingungen ist die Aufrechterhaltung qualitativer Standards mit einem erheblichen persönlichen Mehraufwand verbunden. Herstellung von Planungssicherheit bedeutet nicht zuletzt, personelle Kontinuitäten und individuelle Kompetenzen auch dauerhaft zu sichern.

Darüber hinaus sollten insbesondere die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Trägern erleichtert werden. Die Ergänzung des schulischen Bildungsauftrages durch externe Partner sollte über die Durchführung von Projekttagen in den Schulen hinausgehen.

Und drittens: Die Förderpraxis des Bundesprogramms „*Vielfalt tut gut*“ stellt gerade kleine Initiativen vor Ort, die für die Arbeit gegen Antisemitismus von besonderer Bedeutung sind,

durch die Anforderungen der gestiegenen Kofinanzierung in Höhe von 50% vor große Hürden.

Für das pädagogische Modellprojekt, welches die *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus* derzeit durchführt, bedeutet dies Folgendes: Der erfolgreiche Abschluss der ersten Projektphase an Berliner Haupt- und Realschulen ist aktuell durch den Wegfall von Drittmitteln in Frage gestellt. Für die zweite Projektphase an Berliner Gymnasien ab 2009 fehlt nach wie vor ein beträchtlicher Teil der Kofinanzierung. Sollte die Akquise der Drittmittel nicht gelingen, wäre dadurch auch das Fortbestehen unserer Initiative insgesamt gefährdet.

Für die erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sehen wir dringenden Bedarf, das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ entsprechend nachzubessern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.